

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報
Flugtragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.
紙之立掛特師中
報券號准政華

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

4. Jahrgang

Tientsin, Dienstag, den 7. Februar 1933.

Nummer 721

Schwere Tage für die neue Regierung

Antrag auf Auflösung des Preussischen Landtages abgelehnt.—Aus ganz Deutschland werden Zusammenstöße gemeldet.

Berlin, den 4. Februar (Transocean A.). Die Wahlen zum preussischen Landtag werden wahrscheinlich mit den Reichstagswahlen nicht gleichzeitig abgehalten werden. Die Auflösung des Landtages kann entweder durch Stimmenmehrheit im Landtage selber, oder durch den Beschluss eines Ausschusses erreicht werden, der sich aus dem Preussischen Erstenminister dem Landtagspräsidenten und dem Präsidenten des Bundesrates zusammensetzt. Der Ausschuss trat heute nachmittag zusammen und beschloss mit zwei gegen eine Stimme, den Antrag auf Auflösung zu verwerfen. Der preussische Ersterminister Dr. Braun, der durch den Spruch des Obersten Gerichtshofes in Leipzig in seine Funktionen wieder eingesetzt worden ist, und der Präsident des Bundesrates der Zentrumsabgeordnete Adenauer, stimmten gegen die Auflösung.

Dieselbe Frage wurde im Landtag aufgeworfen. Es setzte eine lange und etwas stürmische Debatte ein. Der nationalsozialistische Antrag, dass sich der Landtag selber auflösen sollte, wurde mit 214 gegen 196 Stimmen abgelehnt. Die Deutschnationalen, Nationalsozialisten, die Deutsche Volkspartei und die kleineren Gruppen der Rechten stimmten für die Auflösung, während das Zentrum, die Sozialdemokraten und Kommunisten dagegen stimmten.

Der Plan in Preussen die Kommunalwahlen abzuhalten, wird jetzt wahrscheinlich auch fallengelassen werden. Von amtlichen Kreisen wird die Absicht der Regierung in dieser Beziehung dementiert, es wird ferner dementiert, dass die Regierung mit dem früheren Kaiser in Verhandlungen stehe, dass ein Moratorium für die Landwirtschaft geplant sei, und dass das Reich in verschiedenen Staaten Kommissare einzusetzen beabsichtigt.

Der Reichsminister für Wirtschaft und Landwirtschaft, Hugenberg, ist zum preussischen Landwirtschaftsminister ernannt worden, während der nationalsozialistische Abgeordnete Rust zum kommissarischen preussischen Unterrichtsminister bestimmt wurde.

Das nationalsozialistische Organ „Der Angriff“ weis zu berichten, dass eine Notverordnung, gemäss der energische Massnahmen gegen hochverräterische und aufrührerische Zeitungen vorgesehen sind, vom Reichspräsidenten bereits unterzeichnet ist, und dass sie in Kürze in Kraft gesetzt werden soll. Eine grosse Anzahl sozialistischer Zeitungen in ganz Deutschland sind inzwischen verboten worden, da sie den sozialdemokratischen Wahlauftrag veröffentlicht haben. Auch das Organ der Kommunisten „Die Rote Fahne“ ist heute von der Berliner Polizeibehörde wegen eines Hetzartikels verboten worden.

Berlin, den 4. Februar (Transocean A.). Die Auflösung aller kommunalen und gesetzgebenden Körperschaften in ganz Preussen ist durch die kommissarische Regierung von Preussen verfügt worden. Der Tag der Neuwahlen ist auf den 12. März festgesetzt.

Eine amtliche Erklärung bringt einige Einzelheiten bezüglich der beabsichtigten neuen Notverordnung, durch die die Ordnung im Reich sichergestellt werden soll. In dieser Erklärung heisst es, dass trotz der Warnung der Regierung, alles zu vermeiden, was Unruhe stiften könnte, eine unerhörte Zahl von Angriffen und Beleidigungen gegen die Regierung erhoben worden sind, und dass diesem Treiben nicht länger tatenlos zugesehen werden darf. Ein Teil der Presse hat ferner irreführende Gerüchte verbreitet betreffs der angeblich von der Regierung beabsichtigten Wirtschafts und Sozialreformen. Die Regierung hat es daher für ihre Pflicht gehalten, dem Reichspräsidenten eine Notverordnung vorzulegen, durch die der Presse gewisse Beschränkungen auferlegt werden und die ferner das Recht, politische Versammlungen abzuhalten einschränken. Die Notverordnung wird wahrscheinlich am Montag in Kraft treten.

Auflösung der Stadtparlamente in Preussen

Berlin, 4. Februar (Reuter). Der Reichskommissar für Preussen hat die sofortige Auflösung aller Stadtparlamente in ganz Preussen verfügt und die Neuwahlen auf den 12. März festgesetzt. Auf diese Weise hofft die Hitlerregierung erst in den Stadtparlamenten und dann im Preussischen Staats-Rat die Mehrheit zu gewinnen, um damit imstande zu sein den Landtag auflösen zu können.

Warnung vor Verletzung der Verfassung

Berlin, 5. Februar (Transocean). Es wird offen zugegeben, dass die Regierung nach Mitteln sucht, trotz des Beschlusses des Landtages und des Aus-

schusses das Preussische Parlament aufzulösen. Es wird über zwei Wege verhandelt, entweder mit Hilfe einer Notverordnung gemäss Paragraph 48 der Verfassung oder dadurch, dass Vizekanzler von Papen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar von Preussen den preussischen Erstenminister Braun ersetzt. Welchen Weg man auch einschlagen mag, es ist damit zu rechnen, dass eine derartige Massnahme, mit Recht oder Unrecht, als Verfassungsbruch ausgelegt werden wird.

Augenblicklich ist man der Ansicht, dass die zweite Massnahme mehr Aussicht auf Erfolg haben wird.

Das Hauptorgan des katholischen Zentrums warnt vor jeder Verletzung der Verfassung und der Rechte der Bundesstaaten und schreibt weiter, dass das Reich keineswegs das Recht hat, sich in die Angelegenheiten des Landtags einzumischen. Wir können nicht glauben, dass Hindenburg zu einem solchen Vorgehen seine Zustimmung geben wird.

Die Braunschweiger Regierung hat beschlossen am 4. März Kommunalwahlen abzuhalten.

Berlin, 6. Februar (Havas). Der nationalsozialistische Präsident des Preussischen Landtages, Kerrl, sandte eine Einladung an Adenauer und bat ihn um eine Unterredung. Otto Braun, der Preussische Ersterminister, ist nicht eingeladen worden.

Diese Nachricht bestärkt die Allgemeinheit in der Annahme, dass die Regierung beabsichtigt Braun durch den Reichskommissar für Preussen, v. Papen, zu ersetzen. In den Kreisen der Linksparteien herrscht hierüber grosse Aufregung.

Unruhen in Neuköln, Wiesbaden, Köln Bochum, Chemnitz, Breslau und München — Ruhe in Berlin.

Berlin, 6. Februar (Havas). In Neuköln, einer Vorstadt Berlins, wo zum grössten Teil Arbeiter wohnen, kam es gestern zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zum Strassenkampf. Drei Kommunisten sind verhaftet worden.

Auch aus Wiesbaden werden Kämpfe gemeldet. Zwei Kommunisten sind schwer verwundet worden.

In Köln sind 26 Kommunisten verhaftet worden, da sie einen Umzug der Nationalsozialisten angegriffen haben.

Reichsminister Göring erklärte in seiner Eigenschaft als Preussischer Innenminister, dass die Staatsbeamten, welche mit dem politischen Programm der Nationalsozialisten nicht einverstanden sind, ihren Abschied einreichen müssten. „Alle diejenigen, welche den Abschied nicht einreichen, müssen mit uns zusammen an der Verwirklichung des Dritten Reiches „arbeiten.“

Berlin, 6. Februar (Havas). In Bochum ist der Führer der nationalsozialistischen Sturmtrupps von Kommunisten erschossen worden. Anschliessend wurden 31 Personen verhaftet.

Berlin, 6. Februar (Havas). Während es gestern in ganz Deutschland zu mehr oder minder schweren Zusammenstößen kam, werden aus der Hauptstadt keine ersten Unruhen gemeldet, trotzdem dort eine grosse Kundgebung anlässlich der Beerdigung eines nationalsozialistischen Mitgliedes der Berliner Polizei stattfand.

Berlin, 5. Februar (Reuter). In Chemnitz kam es zwischen den Nationalsozialisten und dem republikanischen Reichsbanner zu Zusammenstößen. Ein Reichsbannermann ist getötet und mehrere sind verwundet worden.

Aus Breslau wird gemeldet, dass dort ein Student, der das Abzeichen der „Eisernen Front“ trug, ermordet worden ist, mehrere andere sind verwundet. Es ist eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen worden.

Nach einer Meldung aus München sind dort bei den wiederholten Angriffen von Kommunisten auf die „Siegesparade“ an der zehntausend uniformierte Nationalsozialisten teilnahmen, viele Personen verwundet worden. Der Kampf dauerte den ganzen Tag über, und mehr als hundert Personen wurden verhaftet.

Das Hauptbüro der Nationalsozialisten steht unter dem Schutze einer verstärkten Wache. Hitler ist aus Berlin in einem Flugzeug eingetroffen, um Vorbereitungen für der Wahlflugzug zu treffen.

Berlin, den 4. Februar (Transocean A.). Zur Unterdrückung des Roten Terrors, der seit dem Antritt der Hitler-Regierung in ganz Deutschland ausgebrochen ist, hat die Polizei heute eine Haussuchung des kommunistischen Hauptquartiers in Berlin vorgenommen und das Material einer genauen Prüfung unterzogen.

(Fortsetzung Seite 10)

Gedankengänge eines chinesischen Patrioten

H. G. W. Woodhead, C. B. E., der eifrige Anwalt des Völkerbundes, und seiner pro-japanischen Politik in China, schreibt in einem Leitartikel in „The Shanghai Evening Post“ vom 24. Januar 1933 unter anderem über eine „heldenhafte Massnahme“ — a heroic measure — die er China im chinesischen Interesse (lese: im englischen und jap. Interesse!) warm ans Herz legt: Mr. Woodhead, wie immer, und ganz natürlicherweise, wohlinformiert über die englische Politik und ihr vornehmstes Organ den Völkerbund, sagt:

A Heroic Measure

THE situation in the North requires heroic measures, and renunciation of defensive military activities beyond the Great Wall would be heroic, so far as China is concerned. The alternative, which might appear, superficially, to be even more heroic, would, in fact, better be described as foolhardy to the point of recklessness.

Commercial and political activities throughout the country are virtually paralysed at the moment by the uncertainty of the Northern situation. They would not be ameliorated, but rather aggravated, by the further dislocation that would ensue from a serious defeat, and the extension of Japan's military activities to Tientsin and Peiping, and possibly even further South. It is the salvation of China—not of Jehol, which cannot be saved if Japan intends to occupy it—that should be the main concern of her leaders at this crisis in her national history.

Hierzu muss ich sagen, dass in den Augen aller patriotischen Chinesen diese „heldenhafte Massnahme“ nicht nur eine unverzeihliche Feigheit wäre, sondern rund herausgesagt: glatter Landesverrat. Eine Frage: Wenn irgendeine Macht England den Besitz von Irland streitig machte, und sich anschickte Irland zu erobern, oder es in einen antienglischen, ständigen Staat zu verwandeln, oder wenn eine der Mächte England eine seiner Kolonien gegen den Willen von ganz England mit militärischer Gewalt wegnähme, und Herr Woodhead in diesem kritischen Augenblick in England der Nation empfähle, sich „hinter die Mauer zurückzuziehen— abgesehen davon, dass Herr Woodhead einen solchen Vorschlag England gegenüber nie im Ernst wagen würde—was würde geschehen? Herr Woodhead würde eingesperrt werden! Aber China hat ein weites Herz, und darum werden hier die Woodheadschen Ausführungen lediglich ein öffentliches Aergernis bilden. Zugleich aber auch einen weiteren Beweis, dass man sich über England und dem Völkerbund mit Recht seit geraumer Zeit keinerlei Illusionen mehr hingibt. Trotz aller Bemäntelungen haben beide in China den letzten Kredit endgültig verloren. Daran können alle englischen Dementis über einen englisch-japanischen Geheimvertrag, an den China glaubt, weil zu viele Tatsachen für ihn sprechen, nichts ändern. Aber einerlei, ob China sich in diesem Punkte irrt oder nicht, soviel bleibt sicher, dass es sich nicht irrt, wenn es die pro-japanische Politik Englands, und ihre Einwirkung auf die pro-japanische Politik des Völkerbundes, erkennt.

Für diese Politik macht Mr. Woodhead den Anwalt. Und weil es nicht im Sinne dieser Politik liegt, wenn China wenigstens einen ehrlichen Versuch macht — nachdem es vom Völkerbund und seinen Drahtziehern lange genug an der Nase herumgeführt worden ist — sein Land, für dessen Grenzen die chinesische Mauer in unterhört Fiktion herangezogen wird, männlich zu verteidigen, darum nennt Mr. Woodhead eine solche Notwehr, die der einfachste Anstand China zur Pflicht macht „foolhardy to the point of recklessness“ (!). China wird sich dieser „warning to China“, die die Rede von Graf Uchida brüderlich unterlegt erinnern. Wenn England, das vielleicht, und dem Anschein nach wirklich, in Sorge ist, ob es den Bogen gegen China nicht doch zu straff gespannt habe, wenn England den Rückschlag der daraus für sein Prestige in Ostasien entstehen wird, und die zukünftigen Nachteile für seinen Handel mit China, bereits zu fürchten beginnt, und darum rückhaltslos zu Vertuschung, Retuschierung und Intrigue greift, so kann man nur sagen, dass in diesem Falle und in dieser Hinsicht ein so plummes Aufdecken der englischen Karten wie bei Woodhead gewiss kein Vorteil für England selbst ist. Darum scheint es mir, als ob dieses Mal der Völkerbundsapostel weiter und voller entgleist ist als sonst.

Die ganze Farce seiner Ausführungen zeigt sich nicht zuletzt in der denkwürdigen Ansicht: